

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dollar bis 80000.

Die Marktkatastrophe nimmt ihren Fortgang. Im heutigen offiziellen Devisenverkehr erreicht der Dollar während der ersten Börsenstunde bereits eine Höhe von 80 250. Es herrscht an der Börse allgemein die Auffassung vor, daß die Reichsbank selbst wenn sie wollte, nicht mehr in der Lage wäre, den Niedrigruch der deutschen Währung aufzuhalten. Es herrscht ausgesprochene Panikstimmung. Bei Börsenschluß stellte sich der Dollar amtlich auf über 78 000.

Am Effektenmarkt geht dementsprechend der große Umrechnungsprozeß, der die Formen einer Katastrophe nach sich zieht, weiter. Heute bestand besonders große Nachfrage für Schiffahrts- und Petroleumwerte, Montanpapiere, für die Aktien des Sprengstoffkonzerns und für die ganz unerwartet wieder in den Vordergrund getretenen Schutzgebietenanleihen.

Die Teuerungskatastrophe.

Von der Unhaltbarkeit der Zustände, die sich aus dem Marktlau überall ergeben haben, legt ein Telegramm des Oberbürgermeisters von Bielefeld, einer westfälischen Mittelstadt, Kenntnis ab. In diesem Telegramm an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird mitgeteilt, daß Handels- und Gewerbebetriebe sowie die Vertreter der Betriebsräte eingelangt erlöchen, bei der Reichsregierung auf die Unhaltbarkeit der Zustände aufmerksam zu machen, die sich jetzt wirtschaftlich ergeben haben. Die Versorgung sei aufs höchste gefährdet, die Erregung der Verbraucher außerordentlich groß. Eine diesjährige Brotpreiserhöhung steht in Aussicht, das Pfund Rindfleisch würde im Einkauf 10 000 M. kosten.

In Regensburg beginnt heute eine auf mehrere Tage berechnete Konferenz zwischen Vertretern der deutschen Landwirtschaft, der Mühlenindustrie und der Bäckerorganisationen. Bei den Besprechungen handelt es sich in erster Linie darum, eine Kreditaktion für die Mühlen und Bäcker zu schaffen, da die letzteren der Ansicht sind, daß der Uebergang in die freie Getreidewirtschaft mit erheblichen Krediterschwierigkeiten für die beiden Gewerbe verbunden sein werde. An den Verhandlungen nehmen auch Mitglieder des Kuratoriums der Reichsgetreidestelle, des vorläufigen Reichswirtschaftsrates sowie eine Anzahl von Abgeordneten teil.

Bei der Beratung des Ernährungsetats hat der Reichstag auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, der Preiserhöhung für Zucker die Zustimmung zu verweigern oder, falls sie schon gegeben sein sollte, in neue Verhandlungen einzutreten, um die Zustimmung zurückzuziehen. Die Mehrheit des Reichstages, unter der sich auch der größte Teil der Zentrumsfraktion befand, ging bei der Zustimmung zu diesem Antrag von der Anschauung aus, daß der Zuckerpreis mit Rücksicht auf die Ernährung nicht ins Unabsehbare hinein gesteigert werden dürfe. Trotz dieses Beschlusses des Reichstages ist inzwischen in der Sitzung des Beirats der Zuckerwirtschaftsstelle eine erhebliche Steigerung der Zuckerpreise beschlossen worden. Der Preis, der bisher über 81 000 M. betragen hat, wurde auf 100 000 M. erhöht, obwohl selbst einige Vertreter von Länderregierungen (Sachsen und Thüringen) der Erhöhung widersprochen und auch dagegen stimmten. Durch diesen Beschluß hat das Reichsernährungsministerium sich ohne weiteres über den Beschluß des Reichstages hinweggesetzt. Wegen dieser Handlungswelle wird man das Ernährungsministerium zur Rechenschaft ziehen müssen.

„Die Industrie erträgt es nicht.“

Zeitgemäße Erinnerungen.

Es hat wohl nie eine Industrie gegeben, die nach dem Urteil ihrer bedeutendsten Vertreter so schwach und so wenig tragfähig war, wie die deutsche. Die Organisation der Großindustrie hieß früher: „Zentralverband deutscher Industrieller“. Es war dieselbe Vereinigung, die jetzt Reichsverband der deutschen Industrie heißt. Wenn früher ein Sozialgesetz oder ein wirtschaftspolitisches Gesetz erlassen werden sollte, dann trat der Zentralverband zusammen und gab sein Gutachten ab. Die Debatten und Beschlüsse wurden für die Mitglieder in Hefen publiziert, unter dem Titel: „Verhandlungen, Mitteilung und Bericht des Zentralverbandes deutscher Industrieller“. Rund 150 solcher Hefen sind erschienen, und darunter ist wohl keines, in dem nicht die Behauptung aufgestellt wird, daß ganze Industriezweige oder gar die ganze deutsche Industrie zugrunde gerichtet werden, wenn diese oder jene Vorlage Gesetz wird.

Nur zu oft haben die Minister sich einschüchtern lassen und sind den Weisungen der Großindustriellen gefolgt. Gab es Minister, die sich nicht einschüchtern ließen, wie z. B. Freiherr v. Berlepsch, dann suchten sie ihn zu beseitigen, was ihnen bei Berlepsch auch gelang. Aus den hundert Fällen, was die Industrie nach dem Urteil dieser Sachverständigen nicht ertragen konnte, mögen hier einige Proben angeführt werden. Die Industrie konnte es nicht ertragen, wenn schulpflichtige Kinder nicht beschäftigt werden durften; große Industrien gingen sicher zugrunde, wenn für jugendliche Arbeiter der Zehnstundentag und für Frauen der Elfschundentag eingeführt wurde. Undurchführbar war die Innehaltung von Bausen für jugendliche und weibliche Arbeiter. Ganz unerträglich waren die im § 134a der Gewerbeordnung geforderten Arbeiterausschüsse,

dem mit Einführung dieser Bestimmung hore der Fabrikant auf, herr im eigenen Hause zu sein. Auch § 616 des BGB. gehörte zu den unerträglichen Gesetzesbestimmungen. Wollte man die Karenzzeit in der Unfallversicherung von 13 auf 4 Wochen herabsetzen, dann war das eine unerträgliche Belastung der Industrie. Sollten die Berufsgenossenschaften einige Rücklagen zur Bildung eines Reservefonds machen, da behaupteten die Herren im Zentralverband, daß hierdurch der Industrie das nötige Betriebskapital entzogen werde.

Obwohl der Zentralverband gewaltigen Einfluß auf die Regierung hatte, so konnte er doch nicht jeden Fortschritt in der Sozialpolitik hindern. Keine Industrie hat durch die Sozialpolitik Schaden gelitten. Und doch waren die Herren im Zentralverband nicht mit der Regierung zufrieden. Das geht deutlich aus folgender Episode hervor, die sich in der Delegiertenversammlung am 30. Januar 1909 abspielte. Das Stenogramm in Heft 114 berichtet darüber:

Geheimer Kommerzienrat Bogel, Chemnitz: „Meine Herren, es gibt keine Industrie in der Welt, die in den letzten 20 oder 30 Jahren opferfreudiger und opferwilliger gewesen ist als die deutsche (Sehr wahr!), es gibt keine Regierung, die weniger entgegenkommend gegen Industrie und Handel ist als die deutsche (lebhaft Zustimmung, starker Beifall). Und es gibt kein Parlament, das mit solcher Rücksichtslosigkeit gegen alles das, was Handel und Industrie betrifft, vorgeht, wie das Parlament des Deutschen Reiches. (Lebhaft Zustimmung.)“

Wenn nun diese Leute aufgefordert werden, anzugeben, wieviel die Industrie von den Reparationslasten übernehmen kann, dann kann man nach den Erfahrungen leicht abschätzen, daß sie die Leistungsfähigkeit so niedrig einschätzen, wie sie es früher bei Schaffung von Sozialgesetzen auch getan haben. Greift man aber entschlossen zu, dann zeigt sich, daß sie die angeblich unerträglichen Leistungen tragen können und dabei sehr gut bestehen.

Der Faschismus in Frankreich.

Stürmische Interpellationsdebatte in der Kammer.

Paris, 2. Juni. (RTB.) Die gestern von den Camelots du Roi verübten Anschläge gegen die Abgeordneten Bioteite Sangnier und Roulet haben zu einer Interpellationsdebatte in der heutigen Kammer Sitzung geführt. Außer dem Führer der Radikalen Herriot interpellierten die Abgeordneten Broussé, Despres und Compère Morel. Vor Beginn der Sitzung wäre es, wenn nicht der Abgeordnete Roulet es verhindert hätte, zu tätlichen Zusammenstößen zwischen dem royalistischen Abgeordneten Daudet und einigen radikalen und sozialistischen Abgeordneten gekommen. Die Sitzung selbst nahm einen fürstlichen zum Teil außerordentlich lärmenden Verlauf. Nachdem der Minister des Innern Raunoury sich bereit erklärt hatte, die Interpellation sofort zu beantworten, erklärte der Abgeordnete Herriot, man befinde sich einer Gruppe von Leuten gegenüber, die in Frankreich faschistische Methoden einführen wollten. Dem Ministerium müsse er nicht nur im Namen seiner eigenen Partei, sondern auch im Namen dieser Republikaner zurufen:

Wir haben genug davon!

Wir sind Männer der Freiheit und haben Beweise von Geduld gegeben. Eine Delegation von wirklichen Republikanern hat längst den Ministerpräsidenten gewarnt. Trotzdem ist nachher ein neuer Anschlag gegen Collaig verübt worden. Es gibt in dieser Versammlung noch Männer, die sich des Todes von Saures erinnern. Wir sind Anhänger der Gerechtigkeit, verlangen aber, daß die Regierung ihre Verantwortung in dieser Angelegenheit übernimmt. Die Regierung muß sich

für oder gegen die Feinde der Republik

ausprechen. Wir werden uns nicht mit einer banalen Logordnung zufriedengeben. Nach dem der Abgeordnete Despres seine Interpellation begründet hatte, erklärte der Minister des Innern Raunoury, seine Antwort sei kurz und kategorisch. Er mißbillige die gestrigen Anschläge. Die Regierung sei entschlossen, sie in unerbittlichster Weise zu bestrafen und die Republik mit allen gesetzlichen Mitteln zu verteidigen. Bis jetzt habe man Geduld gezeigt, jetzt aber habe man die Ueberzeugung, daß die gestrigen Anschläge vorbereitet gewesen seien und daß man sich einer Organisation gegenüber befinde, die

über ganz Frankreich verbreitet

sei. Die Regierung kenne die Pläne und die Urheber. Dies veranlaßte den Royalisten Daudet, das Vorgehen seiner Anhänger zu verteidigen. Seine Rede gab Anlaß zu heftigen Kundgebungen der Linken. Der Abgeordnete Marc Sangnier erklärte, wenn die Regierung wolle, könne sie in acht Tagen und selbst noch weniger die Camelots du Roi für immer unschädlich machen, indem sie ihnen mitteile, daß, wenn sie Delikte begehen, sie behandelt würden wie alle anderen Staatsbürger. An der Debatte beteiligte sich auch Tardieu. Er nehme, sagte er, die Erklärung der Regierung über die weitverzweigte anführerische Organisation, deren Entdeckung sie mitteilte zur Kenntnis. Seit drei Wochen würden die hohen Beamten der Polizei in der „Action Française“ jeden Morgen als Mörder bezeichnet, und die Regierung habe noch kein Mittel gefunden, Anklage gegen den Verleumder zu erheben oder die Polizeibeamten öffentlich reinzuwaschen.

Die Resolution Broussé, in der die Regierung aufgefordert wird, die Freiheit der Bürger und die republikanischen Einrichtungen zu verteidigen, sowie alle Gewalttaten, von welcher Seite sie auch kämen, niederzuschlagen, wurde mit 379 gegen 191 Stimmen angenommen.

Paris, 2. Juni. (Gca.) Das „Journal“ glaubt zu wissen, daß der Minister des Innern seine Erklärungen auf Grund eines Schriftstückes gegeben habe, das gestern bei einer Hausdurchsuchung bei einem Amtlich des Ueberalles auf die französischen Abgeordneten verhafteten Camelot beschlagnahmt wurde. Dieses Dokument sei außerordentlich bedeutsam.

Nur ein paar Tatsachen.

Die tiefen Ursachen der jüngsten Bewegung im Ruhrgebiet waren zweifellos wirtschaftlicher Natur. Maßlose Preissteigerungen gleich zu Beginn der neuen Marktkatastrophe, unverantwortliche Engherzigkeit der Arbeitgeber am Anfang der Lohnverhandlungen, unverständliches Zögern der Reichsbehörden vor einem Eingreifen und einem Druck auf die Industriellen, das ist es, was die Arbeiterchaft in eine an Verzweiflung grenzende Stimmung verlegte. Und es ist bezeichnend, daß die Bewegung sehr rasch abflaute, sobald diese wirtschaftlichen Ursachen durch eine neue Lohnregelung einigermaßen behoben waren.

Diese Feststellung verringert jedoch in keiner Weise die Schuld der Kommunisten, die alles getan haben, um die Bewegung in ein politisches Fahrwasser zu leiten, indem sie die Erregung der Massen mit den Mitteln der plumpesten Demagogie schürten und einen bewaffneten Aufstand zu inszenieren versuchten. Daß die Bewegung verhältnismäßig rasch und ohne größeres Blutvergießen mit einem wirtschaftlichen Abkommen abgeschlossen werden konnte, ist lediglich das Verdienst der Gewerkschaften.

Wie war es aber möglich, daß in dem von den Franzosen besetzten Ruhrgebiet, wo die Waffentkontrolle gegenüber der Zivilbevölkerung rücksichtslos durchgeführt wird und wo das politische Leben allen möglichen Einschränkungen und Schikanen ausgesetzt ist, eine derartig aufstandähnliche bewaffnete Bewegung ins Leben gerufen und an Ausdehnung gewinnen konnte?

Die passive Duldung dieses Unternehmens durch die Franzosen ist keine genügende Erklärung; eine aktive Unterstützung ist, besonders was den Besitz von Waffen anbelangt, zu einem solchen Unternehmen notwendig gewesen. Das war bereits bei den Ruhrheimern Unruhen Mitte April der Fall und hat sich nur in noch größerem Maße diesmal wiederholt.

Eine solche Unterstützung durch die Franzosen ist psychologisch und politisch durchaus erklärlich, ja beinahe selbstverständlich: denn ein Gelingen oder auch nur eine örtliche und zeitliche Ausdehnung dieser Aktion hätte zweifellos zum Chaos und zum Zusammenbruch des deutschen Widerstands gegen die Ruhrinvasion geführt.

Die kommunistische „Opposition“, die Richtung Maslow-Fischer, die im Ruhrgebiet sehr stark vertreten ist, war der Ansicht, daß man — wie einst Lenin mit Ludendorff — auf die Angebote des französischen Militarismus eingehen sollte, um die Weltrevolution vorwärtszutreiben. Die Zentrale und die Parteimehrheit glaubten jedoch, daß bei diesem gewagten Spielte letzten Endes das Proletariat der „Lackerte“ sein würde und sie versuchten, diese Absichten zu durchkreuzen. Aber es zeigte sich bei der ersten Gelegenheit, daß die RPD-Anhängerschaft im Ruhrgebiet nicht in der Hand haben und daß die Maslow-Fischer-Leute im Bunde mit den Unionisten und Syndikalisten dort weit stärker sind als die „Bonzen“ der Zentrale.

Man hatte uns die „Rote Fahne“ aufgefordert, auch nur zehn Einzelfälle zu nennen, aus denen die kommunistisch-französische Zusammenarbeit bei den jüngsten Aktionen im Ruhrgebiet hervorgehen würde. Sie soll befriedigt werden. Es seien hier zunächst nur einige amtlich überprüfte Fälle herausgegriffen:

Bereits am ersten Tage der Ruhrheimern Unruhen sind verschiedentlich französische Soldaten mit bewaffneten deutschen Kommunisten zusammen gesehen worden. Auf der Schloßbrücke hat ein französischer Posten Seite an Seite mit schwerbewaffneten (Karabiner- und Infanteriegewehr Modell 98) Kustrührern gestanden. Kommunistische Rädelführer konnten unbehindert in der französischen Kaserne bewaffnet aus- und eingehen und erwießen französischen Offizieren und Soldaten militärische Ehrenbezeugungen.

Auführerische Elemente durften Waffen tragen, wogegen deutsche Kriminalbeamte, die am Rathaus Posten standen, von französischen Offizieren bis auf die Strümpfe nach Waffen untersucht wurden.

Ein verhafteter Kustrührer hat zu Protokoll ausgelegt, daß die Franzosen nicht nur die Bildung von Banden geduldet haben, sondern den Kommunisten auch mehrere Gewehre und Karabiner ausgehändigt hätten.

Das Interesse der Franzosen, in Ruhrheimern den Kustrührern zum Siege zu verhelfen, zeigte sich klar am zweiten Kustrührertage, wo die Franzosen während der Unruhen aus einem Flugzeuge in Mengen Flugblätter über Ruhrheimern herabwarfen, um die Arbeiterchaft gegen die Reichsregierung aufzubringen.

Eine Reihe von Personen, die den deutschen Behörden als Führer der anarcho-syndikalistischen Jugendbewegung bekannt sind, bereits früher in hervorragender Weise an Unruhen beteiligt hatten, wie z. B. Franz Jehniet, Hadistl, wurden bei ihrer Vernehmung durch deutsche Behörden, die auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft erfolgte, von französischen Soldaten und bewaffneten Kommunisten dem Nachtbereich der Behörden entzogen.

Deutsche Beamte wurden von bewaffneten Kommunisten verhaftet und in die französische Kaserne gebracht, wo sie ohne jede Veranlassung misshandelt worden sind.

Bezüglich der Unruhen und Verwüstungen im Polizeipräsidenten in Gelsenkirchen am 23. und 24. Mai ist amtlich ermittelt worden, daß, als es am 23. am Morgen um 10 Uhr zu einem Zusammenstoß zwischen dem Selbstschutz der Freiwilligen Feuerwehr und den Feuerwehren der Zechen „Konsolidation“ und „Rhein-Elbe“ einerseits und den bewaffneten Kommunisten andererseits kam,

die französischen Posten vom Telegraphenamt am Bahnhof ihre Gewehre auf den Selbstschutz und die Mitglieder der Feuerwehrgesellschaft angelegt und wiederholt geschossen haben. Angehörige des Selbstschutzes haben schwere Schußwunden erlitten, die, wie einwandfrei festgestellt worden ist, nur durch französische Geschosse verursacht sein können. Also auch im Falle Gelsenkirchen ist zu konstatieren, 1. daß die Kommunisten über Schußwaffen verfügen und diese in der Öffentlichkeit tragen, ohne von den Franzosen deswegen bestraft zu werden, 2. daß die Franzosen mit den Auführern in Verbindung stehen und letztere durch ihr Eingreifen aktiv unterstützen.

Selbstverständlich wird die „Rote Fahne“ auch dazu ermahnen, es sei „erstickt und erlogen“. Man ist ja hier weit vom Schuß entfernt, und was Tausende von Augenzeugen an Ort und Stelle selbst erlebt haben, läßt sich hier dem kommunistischen Lesepublikum gegenüber, das noch ganz andere „Dementis“ schlucken muß, gefahrlos bestreiten.

Darüber hinaus aber geben wir aus einer ausführlichen Zuschrift eines Vertrauensmannes der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Westfalens, der Bezirkssekretär der SPD in Münster, Genosse Heinz Pahlmeyer, folgende charakteristische Stellen wieder, die nur einen Teil seiner Angaben über das französisch-kommunistische Zusammenwirken darstellen:

Die Ziele der SPD waren politischer Natur. Als sie sah, daß sie die öffentliche Gewalt nicht an sich reißen konnte, legte sie keinen Wert mehr darauf, die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Massen weiter zu verfolgen. Das blieb den Zentralgewerkschaften, die vorher in der schamlosesten Weise bedrückt und beschimpft worden waren, überlassen. In zahlreichen Fällen sind, als die „Aktion“ der Hunderttausenden schlageliegen war, kommunistische Betriebsratsmitglieder und Führer der SPD zu den Vertretern der freien Gewerkschaften gegangen und haben sie ermahnt, die Dinge in ein ordnungsmäßiges Fahrwasser zu bringen. In anderen Fällen haben auch Kommunisten die Hilfe der Polizei gefordert, jener selben Polizei, die vorher dem übelsten Denunziantentum durch Kommunisten den Franzosen gegenüber ausgelegt war, weil die Hüter der Ordnung der SPD bei ihren Plänen im Wege waren. Unser Bochumer Parteibüro hat darüber bereits vor dem Streik umfangreiches Material veröffentlicht.

Während der Kämpfe in Dortmund brachte das dortige Kommunistenblatt an einem Tage eine Uberschrift auf der Titelseite „Schupo gegen Streikende“. Offensichtlich wollte man damit die Franzosen gegen die Polizei aufbringen, die man als „Schupo“ bezeichnete, weil die Besatzung diese ausgewiesen hat. In einer anderen Nummer spricht das Blatt davon, daß Reichswehr ins Industriegebiet geworfen werden solle, und daß sie in Hamm bereit liege. Die Folge dieser Mitteilungen war eine Verschärfung der Kontrolle durch die Franzosen und die Verhaftung einer ganzen Anzahl junger Leute, die mit Reichswehr und Schupo nichts zu tun hatten, den Franzosen jedoch verdächtig erschienen.

In Dortmund sind harmlose Bürger durch Mitglieder der kommunistischen Hunderttausenden den Franzosen als Schupobeamte angesehen worden, nachdem man sie in brutalster Weise mißhandelt hatte. Die Franzosen mußten sie freilassen, weil sich herausstellte, daß die Angaben falsch waren. In ähnlicher Weise gingen die Denunzianten der SPD, befohlen gegen die Bochumer Feuerwehrgesellschaft. Wiederholt sind führende Kommunisten beim französischen Oberkommando gewesen, um dort Hilfe gegen die Polizei anzufordern oder ihre Zurückziehung und Entwaffnung zu verlangen. Als Dortmunder Polizei nach Herde gerufen wurde, wurde sie ebenfalls bei der Herde Besatzung denunziert und als Schupo bezeichnet.

Schlagende Beweise für die Franzosenfreundschaft der SPD in den Streiktagen sowie dafür, daß die Kommunisten die Lage im Ruhrgebiet zu einem profranzösischen Tausch auszuweichen wollten, haben nunmehr die Führer der Herde SPD geliefert. Einer von ihnen, Viktor Siech, erklärte am 29. Mai in einer Betriebsarbeiterversammlung, daß der kommunistische Redner Schleber-Berlin im Reinoldshof in Dortmund die Mitteilung gemacht habe: „Wir haben mit den

Franzosen verhandelt. Der französische General stellte an die SPD, das Ansehen, die Rätepublik auszuruhen.“

Der Kommunist Kraußel sagte in derselben Versammlung: „Der kommunistische Parteil ist dieses Ding drei Wochen zu früh gekommen.“ Siech wurde dreimal gefragt, ob das, was er angebe, richtig sei. Jedermann erwiderte er: „Ja, das stimmt!“

Bemerkenswert ist endlich eine Stelle der von Cahn in der Kammerfassung vom 29. Mai verlesenen Erklärung der kommunistischen Fraktion, in der es ausdrücklich heißt, daß die „Kommunisten in Gelsenkirchen den französischen Truppen Operationen darbieten“ und die französischen Militärbehörden davor gewarnt werden, gegen diese revolutionäre Bewegung einzugreifen.

Sollte diese Aufzählung der „Roten Fahne“ nicht genügen, so mag sie dies ihren Lesern sagen. Unseren Lesern wird sie genügen.

Achtung, Genossinnen! Achtung!

Montag, den 4. Juni, nachmittags 6 Uhr (pünktlich), im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Tr.

Funktionärinnen-Konferenz

Bericht über den „Internat. Frauenkongreß in Hamburg“. Genossin Todenhagen.

Um 7 1/2 Uhr: Wohlfahrt-Konferenz: „Das Krüppelfürsorgegesetz“ Direktor Würz (Oskar-Helene-Heim). Hierzu Gäste willkommen!

Kommunisten gegen Demagogen.

Auch das gibt es, wie folgender Bericht der „Roten Fahne“ aus einer Arbeitslosenversammlung beweist:

In einem Korreferat griff Leo Nijtmann in demagogischer Weise die kommunistischen Erwerbslosenräte an und beschuldigte sie des Opportunismus. Offen trat bei diesem Phrasenschwall die Absicht zutage, die Versammelten zu provozieren. Zahlreiche Zwischenrufe gaben zu verstehen, daß man Nijtmanns Störungsvorwürfe durchschaue. Nachdem noch einige Redner zur Diskussion gesprochen und Nijtmann abermals seine unsachlichen Tiraden vom Stapel gelassen hatte, kam Genosse Christ zum Schlußwort, in dem er scharf die demagogische Handlungsweise Nijtmanns brandmarkte, desgleichen die Arbeitslosen aufforderte, sich künftig vor solchen tragwürdigen Gestalten zu hüten.

Es besteht also Einverständnis darüber, daß es Demagogen und fragwürdige Gestalten gibt, die mit ihrem Phrasenschwall die Arbeiter zu den schlimmsten Torheiten verleiten. Die Streitfrage ist nur, wo sie anfangen.

Wie sie lügen.

Wer hat Schlageter denunziert?

Die „Münchener-Augsburger Abendzeitung“ des Rapp-Busch-Pfarrers Traub hat behauptet und ihre völkisch-nationalen-volksparteilichen Schwelbern haben es ihr nachgestellt, daß der erschossene Schlageter von einem Friedrichshagener Sozialisten den Franzosen denunziert worden sei. Diese Behauptung ist eine glatte Lüge.

Die zwei Leute, die Schlageter denunziert haben, sind verhaftet — aber sie stehen der politischen Richtung Schlageters viel näher als irgendeiner sozialistischen!

Befassungschronik.

Duisburg, 2. Juni. (MIB.) Die „Duisburger Volksstimme“, das Organ der Sozialdemokratischen Partei, ist von der Befassungsbehörde verboten worden. Das Polizeipräsidium ist gestern durch französische Alpenjäger besetzt worden. Für den Verkehr der Zivilbevölkerung ist der Kriminalpolizei, die

nach im dritten Stockwerk ihre Diensträume hat, ein Eingang freigegeben worden. Dem Vernehmen nach wird die Diskommandantur in dem Gebäude untergebracht.

Duisburg, 2. Juni. (MIB.) Eine neue Kontribution von 100 Millionen Mark oder 1870 Dollar nach dem Tageskurs sofort zahlbar, ist der Stadt Duisburg durch den kommandierenden Generalkommandanten Haurain auferlegt worden. Als Grund wird Sabotage an Eisenbahn- und Telegraphenlinien angegeben, und zwar an der Dittelschlagbrücke, auf der Eisenbahnlinie Oberhausen-Webau, am Fuße eines Telegraphenpostens am Bahnhof Webau und an einem Kontrollposten in Weiblich. Der Stellvertreter des Oberbürgermeisters wird persönlich für die Zahlung haftbar gemacht.

Paris, 2. Juni. (MIB.) Wie das „Journal“ aus Mainz meldet, ist der Hafen von Mannheim für sieben Tage geschlossen worden, angeblich wegen in der Pfalz begangenen Sabotageakte.

Köln, 2. Juni. (MIB.) Die Osterfelder Stadtwirtschaft erhielt am Dienstag ein Schreiben der Besatzungsbehörde zur Übermittlung an den Direktor Rathhoff von der „Gute Hoffnungsbrücke“. In dem Schreiben wird nach der „Kölnischen Zeitung“ die Forderung auf 100 Millionen Mark, die der Stadt Osterfeld als Strafe für die in der Nacht vom 12. Mai in ihrem Stadtgebiet erfolgte Brücken Sprengung auferlegt worden ist, wiederholt, und die Festnahme des Direktors Rathhoff und des Beigeordneten Lübeck als Geiseln mitgeteilt.

Das Ergebnis des höchsten Raubzuges.

Paris, 2. Juni. (MIB.) Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, sind im ganzen besetzten Gebiet von den Besatzungsbehörden für zweihundert Millionen Frank heimische Produkte weggenommen worden.

Der Feldzug gegen die rheinischen Stahlwerke.

Köln, 2. Juni. (MIB.) Die am 29. Mai wieder aufgehobene Besetzung der rheinischen Stahlwerke erfolgte, wie die „Kölnische Volkszeitung“ berichtet, um die von den Franzosen erzielte, aber von den Werken verweigerte Kohlensteuer einzutreiben. Eine Ingenieurkommission hat während der vier Wochen der Besetzung sämtliche Bestände des Wertes an Bleichen, Schlüsseln, Wägen, Platin, Band- und Walzeisen, Rollen und Schrott abgefahren, die nach dem augenblicklichen Stande sicherlich Milliardenwerte darstellen. Daneben ist das Werk seit der Besetzung vermehrt verunmöglicht worden, daß sich der tatsächlich entstandene Schaden nach beträchtlich vergrößert. Auf dem Werke, das seit der Besetzung kein Deutscher betreten durfte, sind Maschinen zerstört, Bänke und Pulver erbrochen, Aktien und Bücher zerissen und umgeworfen worden. Ein belgischer Stabsoffizier gebrauchte in einem Gespräch mit dem scheidenden französischen Kommandanten auf dem Rheinischen Stahlwerk die Worte: „Diebstahl und Raub.“

Eine Saarnote Poincarés an England.

Paris, 2. Juni. (MIB.) Von den Morgenblättern wird mitgeteilt, daß das Pariser Kabinett gestern durch Vermittlung des französischen Gesandten in London dem Foreign Office eine längere Erklärung über seine Auffassung der Saarangelegenheit übermittelt ließ. Poincaré vertritt den Standpunkt, daß die englische Regierung „juristisch unberechtigt“ sei, eine internationale Untersuchungskommission über die Saarangelegenheit einzusetzen. Die englische Regierung soll eine persönliche Antwort gegeben und erklärt haben, daß sie sich auf Grund der am 10. Mai im Unterhaus stattgefundenen Debatte zu ihrem Schritte verpflichtet fühle.

Festessen in Moskau.

Moskau, 2. Juni. (MIB.) Zu Ehren des zum Besuch des deutschen Botschafters in Moskau anwesenden deutschen Gesandten in Kiga, Reichsminister a. D. Röster, fand gestern beim Volkskommissar des auswärtigen Reichsamt Tschitchetin ein Essen statt, an dem außer den leitenden Persönlichkeiten des russischen Außenkommissariats und des Kommissariats für Außenhandel Botschafter Graf Brockdorff-Rangau mit sämtlichen Mitgliedern der Botschaft teilnahm.

Die heiligsten Güter.

Von Otis.

Der Dollar steht 75 000. Das ist eine mächtige Zahl, aber hinter ihr verbirgt sich eine grauame Tragödie, in der Hunger, Elend, Krankheit und Tod das Grundmotiv bilden und unsere Volksgenossen die tragenden Rollen spielen. Unser Geschlecht ist zum Dulden verurteilt, aber noch nicht zum Schweigen. Wir wollen nicht länger stumpf sein in unserer Not, sondern aussprechen, was ist. Unsere Worte werden manchem hart und peinigend klingen, aber härter sind die Tatsachen. Sie sind brutal. Unsere Miten verhungern und unsere Jungen verkommen.

Es geht uns immer wieder zu erinnern, daß dieser Kampf den höchsten und heiligsten Gütern unseres Volkes gilt. Steht auf der einen Seite der Verlust und das Leid, so stehen auf der anderen Seite der unermessliche Geist der heiligsten Güter, für die die Opfer gebracht sind, die erhabenen ewigen Dinge, die es wert sind, daß wir für sie das Herrliche dahingeben niemals müde werden.“ Diese Worte haben im Anfang des Krieges ernste Männer ausgesprochen, Führer der Nation. In jedem Krieg werden ähnliche erhabene Worte ertönen. Nach Abschluß des Ringens wird es endlich Zeit, zu unteruchen, was das für heilige Güter sind, für die Unzählige gemordet haben und gestorben oder zu Krüppeln geworden sind. Verloren haben wir durch den Verlust des Krieges die heiligsten Güter nicht. Auch heute hören wir noch diese schmerzliche Klage. Wenn es nach Wulle, Hitler und Ludendorff ginge, führten wir heute einen neuen Krieg. Die heiligsten Güter zu verteidigen.

Um die heiligsten Güter zu schützen, hat man die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Das heißt: Man verpflichtete Hunderttausende, für Jahre ihren Beruf aufzugeben, dafür entgeisterte Automaten zu werden und sich im Handhaben von Instrumenten zu üben, zu keinem andern Zweck hergestellt, als Mitmenschen zu verstümmeln oder zu töten. Galt es, was im Lauf der Jahrzehnte mehrmals eintrat, die allgemeine Wehrpflicht auszuweiten. So wurde dem Staat das Recht von den Befehlshabern zugebilligt, ohne daß sie Bedingungen daran knüpfen. Ohne Bedingungen erhielt er das Recht, Ehre und Moral zeitweilig außer Kurs zu setzen. Denn es handelte sich um die heiligsten Güter der Nation. Während des Krieges wurde dem Staat die Macht zugestanden, immer mehr Menschen aus ihrem Kreis herauszureißen und sie dem schaurigen Militärmechanismus auf Geduld und Verdeck zu überantworten. Ohne Bedingungen. Die heiligsten Güter standen auf dem Spiel.

Wie sagte der Universitätsprofessor Ulrich v. Wilmowitz-Wiedendorff im August 1914? „Herr Gott, wir bitten nicht für unsere Sünden draußen im Felde, wenn nötig ist, so sei ihr Leben dahin.“ Wenn vom Katheder aus Menschenleben verschont werden, dann müssen die heiligsten Güter etwas sehr Hohes sein. Zu ihrer Verteidigung hat der Staat zahllose Leben in Anspruch genommen. Es war selbstverständliche Pflicht, sie ihm freiwillig zu geben. Wie stand es aber mit den Geldmitteln, die der Krieg verschlang? Dein Geld, Deine Aktien, Deine Pfandbriefe hast Du vertrieben mit allen Hasern Deines Seins. Hier handelte es sich also um etwas noch Höheres. Während des ganzen Krieges hat der Staat

nicht gewagt, Deine Industriepapiere einzuziehen; den Sohn, den Gatten, den Vater hast Du Dir wegnehmen lassen. Du hast sie dahingelassen, ohne zu murren. Das Geld hat der Staat nur bekommen gegen laufende Verpfändungen.

Heute leidet unser Volk unglücklich. Ob das Recht auf unserer Seite ist, darüber können wir heute nicht streiten: Die andern haben die Macht. Deshalb handelt es sich heute zuerst darum, Unterdrückung, Not und Leid von unserm gequälten Volk abzumachen, es vor dem Verfall in mittelalterliche Unkultur zu schützen. Wir klammern uns an jede Hoffnung, ehe es zu spät ist. Vielleicht können wir das drohende Verhängnis mit Zahlungen bannen. Das ist eine Möglichkeit zur Rettung. Der Staat hat kein Geld und wendet sich in seiner Not an die, denen er es bewahrt hat. Die es besitzen, der Reichsverband der deutschen Industrie, antworten mit Bedingungen. Heute ist keine Gelegenheit, Menschenleben freigebig anzubieten. Geld gibt es nicht so leicht zu kaufen. Da müssen Voraussetzungen erfüllt sein, Bedingungen, Bedingungen. . . . Jetzt wird allmählich klar, was es ist um die heiligsten Güter. „Für die Reparationen hasten ausschließlich Vermögen und Einkommensquellen des Reiches und der Länder. Eine Haftung des Privateigentums hat gemäß den Völkerrichtsgrundsätzen nicht stattgefunden.“ Mit Wenn und Aber, mit Mühe und Not versteht sich der Reichsverband zu einigen laichen Zugeständnissen. Mit schulmeisterlichen Vorschriften, mit Verkaufsforderungen und Vorbehalten stellt er eine Summe in Aussicht. „Davon geben wir 40 Proz. vorausgesetzt, daß die andern 60 Proz. geben. Und was kriegen wir dafür? Aufhebung aller Demobilisierungsvorschriften verlangen die Beführer der Werte. Diese Werte zu verteidigen, haben Unzählige ihrer Gesundheit nicht geopfert. Jetzt braucht man die Kriegsbeschädigten nicht mehr, man will der Last ledig sein, sie bei sich arbeiten und leben zu lassen. Die heiligsten Güter sind nicht Frieden, nicht Recht, nicht Freiheit, die heiligsten Güter sind das Portemonnaie.“

Wenn ledern die Flamme der Empörung über dies schmadvolle Geld Geschichte?

Das Bürgertum im Singspiel. Der Untergang einer Gesellschaftsklasse, einer spezifisch nationalen oder kulturellen Schicht, macht sich zuerst dadurch bemerkbar, daß diese Klasse bzw. Schicht Gegenstand der Operette wird. Ebe der marxistische Wagnat seine absolutistische Großmächtigkeit abgeben mußte, wurde er Held der Wiener bzw. der ungarischen Operette. Bevor der wüßromantische Zigeuner Objekt der Volksschlingen und Katastrophen wurde, nutzten ihn die Verdächtigen weiblich aus. Nun ist die Zeit der Bürgerdämmerung und zugleich Bürgerauflebung im Singspiel. Niemals wurde so sehr mit der sentimentalischen Rückschau des Studententums, der Pseudo-Rheinromantik spekuliert wie gelegentlich im Singspiel und auf der Umhüllerhüte. Auch die „Frühlingssee“, ein Singspiel von Spemann und Badenstedt, mit Belangstücken von Hans Pflanzner und Musik von Viktor Corzilius, zum erstenmal gestern auf der Sommerbühne des Deutschen Theaters aufgeführt, hat seinen Erfolg der oberflächlich verarbeiteten bourgeoisen Rhein- und Lorelei- und Rouleurstudentenromantik zu verdanken. Der Urtrieb eines lebendigen und lebend-

singenden „Burischen“ muß unzweifelhaft wirken — wie vor zehn Jahren der Zigeuner mirtle, vor fünf der ebenfalls schon verschundene österreichische Deutnant. Es wurde „stark gespielt“ — das übliche Spiel der Sommerzeit, das kein Tob beanprucht, sondern eine Kennzeichnung. Hans Brausewetter, der in der Rolle eines Singspielprimaners nicht sehr heimlich werden konnte und in diesem Rahmen behauertwert erscheinen mußte, mochte mit der Soubrettenbegabung Erika von Theilmann das übliche, in Singspielen obligate Liebespaar der Mitte. Margarete Kupfer spielte die ewig leibereiche, klaffende Kettenehefrau. Die musikalische Leitung hatte der begabte und auch bei ersteren musikalischen Anlässen erfolgreiche Max Roth.

Hermet Brunner! Das Schöffengericht in Frankfurt a. M. verhandelte dieser Tage gegen einen Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, den unser alter Bekanntheitsfreund Prof. Brunner wegen Verleumdung verklagt hatte. Er fühlte sich gekränkt durch den Hinweis auf die Tatsache, daß Brunners Schriftsammlung „Deutsche Laten“ auf die vom Frankfurter Polizeipräsidium veröffentlichte Liste der Schmutz- und Schundliteratur gesetzt worden war. Die „Frankfurter Zeitung“ hatte davon die Frage geknüpft: „Was müssen das für Laten sein, die auf einer solchen Liste erwähnt sind?“ Diese Bemerkung war Brunnern besonders auf die Seele gefallen und er ließ durch seinen Rechtsanwalt erklären, daß der Aufsatz ihn in der öffentlichen Meinung zum Heuchler machen und in der Achtung seiner Zeitgenossen herabsetzen müsse. Das Gericht kam indessen zu einem freisprechenden Urteil, und Brunner muß die Kosten tragen. Unser Beifall!

Krüppel und Verbrechen. Der bekannte Wortkämpfer der Krüppelfürsorge, Hans Würz, hat eine Statistik über alle Krüppel aufgestellt, die sich in preußischen Staatsgefängnissen befinden, und stellt auf Grund dieser Untersuchungen interessante Einzelheiten über den Zusammenhang von Verurteilungen und Verbrechen in der „Zeitschrift für Krüppelfürsorge“ mit. Es ergab sich für den Dezember 1921, daß sich in 93 Anstalten 332 Krüppel als Straftatenebene befanden, d. h. 3,78 tägliche Durchschnittsbelegungszahl. Von diesen 253 Krüppeln waren 193 Kriegsbeschädigte und 159 Friedenskrüppel, d. h. 0,25 pro Tausend von allen Straftatenebenen, deren Zahl sich in den Anstalten auf 64 000 belief. Es wurden nun in einem Fragebogen freiwillige Lebensbeschreibungen der kriminellen Krüppel erheben. Aus den Angaben, die ausnahmslos gemacht wurden, geht hervor, daß Willensschwäche, Willenslähmung, momentane Unzurechnungsfähigkeit und Arbeitsunfähigkeit als Selbstverleumdungsgründe angegeben wurden. Besonders der Arbeitsmangel von 1919/1920 ist daran schuld, daß viele Krüppel zu Verbrechern wurden. Es ist nach Würz' Ansicht notwendig, daß alle noch irgendwie arbeitsfähigen Krüppel beschäftigt werden.

Grüßwünsche der Woche: Mont. Große Volksoper: Julius Caesar. Mittw. Volkstheater: Die Herrlichen. Donnerst. i. h. Kammerbaurkstraße: „Leutroggen“. Das Drama Nord und seiner Dilettanten.

Urania-Vertrag. Mont. Moderner Dornschädel: Dornschädel, Dornschädel, Dornschädel, Dornschädel. Mit Berlin in der Dornschädelzeit.

Streikbewegung in Kiel.

Kiel, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeiter sämtlicher Betriebe haben heute morgen die Betriebe verlassen, um gegen die Lowerung für gerechten Lohnausgleich zu demonstrieren. Massenzüge von Demonstranten bewegen sich zum Rathaus. Die Gewerkschaften haben in die Bewegung vermittelnd eingegriffen.

Die Streikwelle im Westen.

Köln, 2. Juni. (M.B.) Der Ausstand in den städtischen Gas- und Wasserwerken in Düsseldorf geht nach der „Kölnischen Zeitung“ weiter. Alle Vorschläge der Verwaltung und der Gewerkschaften sind von den Kommunisten und Syndikalisten abgelehnt worden. In der gestrigen Versammlung der Aufständigen wurde mit 257 gegen 132 Stimmen die Weiterführung des Streiks beschlossen. Düsseldorf bleibt also weiter ohne Gas und ein sehr großer Teil der Stadt auch ohne Licht.

Hamm, 2. Juni. (M.B.) Obwohl der Streik auf der See Kadhod, die die Städte Hamm und Münster mit Gas versorgt, gestern etwas abgeflaut war, beschloß gestern nachmittag die Belegschaftsversammlung, den Streik fortzusetzen. Auf der See de Wendel wurde ein gleicher Beschluß gefaßt.

Tagung des Städtetages.

In Heidelberg hielt der Vorstand des Deutschen Städtetages eine Sitzung ab, in der u. a. folgende dringende Angelegenheiten besprochen wurden:

Der Vorstand hält es für dringend erforderlich, auf dem zerstückelten Gebiet der durch den Krieg hervorgerufenen Wohlfahrtsfrage in der Rheinrenner- und Sozialrentnerfürsorge sowie Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge zu einheitlicher Gestaltung zu gelangen. Der jetzige Zustand bedeutet mit seinen verschiedenen Vorschriften auf den einzelnen Gebieten eine außerordentliche Komplexität der Verwaltung. Vor allem ist eine Umänderung der unzulässigen Abrechnung auf das dringendste zu fordern. Der Vorstand begrüßt es, daß der Reichsarbeitsminister daran geht, die zu einer gründlichen Reform notwendigen Vorarbeiten in die Wege zu leiten.

Zu den Plänen der Reichsregierung, beim Uebergang in die freie Brotwirtschaft den Klein- und Sozialrentnern, den Kriegsbeschädigten und ähnlichen Kategorien verbilligtes Brot zu gewähren, verlangt der Städtetag, daß den Städten voller Erfolg für die ihnen entfallenden Mehraufwendungen gewährt und zugleich das Abrechnungswesen in einfacher Form gestaltet wird.

Weber den Stand des immer noch beim Reichstoge unerledigt (schwebenden) Finanzgleichgewichtes wird berichtet. Es muß verlangt werden, daß das Gesetz endlich vorwärts gebracht wird und selbstverständlich in einer Form, die den Gemeinden wirklich Einnahmen verschafft.

Zum Beamtenerziehungsgesetz nach den Beschlüssen des Reichstagesauschusses wird Stellung genommen, ebenso zum Besoldungsgesetz.

Als ein bedauerliches Zeichen ungenügender Berücksichtigung der kommunalen Verwaltung ist es anzusehen, daß das Reichsarbeitsministerium die Mittel für die gemeinnützigen Institutionen nicht auf dem gegebenen Wege über die Kommunalverwaltungen zur Verteilung bringt, sondern fast die Hälfte unmittelbar den landesfremden Wohlfahrtsorganisationen zufließt. Ein solches Verfahren ist unwirtschaftlich und gefährdet einheitliche Politik.

Die für den Herbst in Aussicht genommene Hauptauschussung soll ausfallen mit Rücksicht auf die großen Ausgaben, die mit der Abhaltung einer solchen großen Versammlung verbunden sind. Der Städtetag geht damit den Einzelstädten auf dem Wege der Sparsamkeit mit gutem Beispiel voran.

Prager Parlamentsbetrieb.

Prag, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das Abgeordnetenhaus wird von der Koalition aller tschechischen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, beherrscht. Ein fünfgliederiger Ausschuss, nach der tschechischen Zahlenbezeichnung „Pijeta“ genannt, übt diese Herrschaft aus. Es hat sich nun der Brauch herausgebildet, daß alle Regierungsvorlagen usw., bevor sie vor das Parlament kommen, in besonderen Fachausschüssen der Koalitionsparteien beraten werden. Nunmehr soll auf Wunsch des Ministerpräsidenten Schwelb dieses System aufgegeben werden, weil diese Fachausschüsse der Reichstheil die parlamentarische Tätigkeit nicht beschleunigen, was ihr Hauptzweck sein sollte, sondern sie verlangsamen. Ihre Funktion soll also der Regierung wieder zurückgegeben werden.

Witos will sparen.

Warschau, 1. Juni. (Eig.) Ministerpräsident Witos hat heute im Sejm sein Programm entwickelt. Bei der Besprechung der Außenpolitik hob er besonders die Solidarität mit den verbündeten Mächten hervor. Zu den Beziehungen mit Rußland übergehend, unterstrich er die Notwendigkeit der baldigen Erledigung der Boescheffschen Rigor-Vertrages. Zur Frage der Innenpolitik teilte er mit, daß die neue Regierung sehr sparsam wirtschaften werde. Sie werde einen Sparamteitskommissionar einsetzen, der mit den größten Vollmachten ausgestattet werden soll. Zur Agrarreform sollen alljährlich 400.000 Morgen Land parzelliert werden.

Der polnische Delegierte im Völkerbund, Professor Nizkanski, hat seine Demission eingereicht, die vom Außenminister angenommen wurde. Die Geschäfte des Delegierten wurden vorläufig dem Gesandten in Bern übertragen.

Der deutschösterreichische Dr. Maurenbrecher, der in seinem Organ, der „Deutschen Zeitung“, in letzter Zeit nicht ganz so wild auftritt, hielt am Freitag vor einer deutschösterreichischen Versammlung in Hannover eine Rede, in der er eine politische Erhebung gegen den Unterdrücker auf Tod und Leben als die einzige Rettung Deutschlands bezeichnete. Wie er sich diese Erhebung denkt, hat er nach dem vorliegenden Bericht leider nicht verraten. Es wird wahrscheinlich auch für immer sein Geheimnis bleiben, da es seinen Menschen in Deutschland gibt, der einen Kriegsplan gegen Frankreich vorlegen könnte.

	2. Juni		1. Juni	
	Änderung (Geld-) Kurs	Veränderung (Weil-) Kurs	Änderung (Geld-) Kurs	Veränderung (Weil-) Kurs
1 holländischer Gulden	30428.—	30777.—	29127.—	29978.—
1 argentinische Papier-Peso	27581.50	27468.50	26558.—	25865.—
1 belgischer Franc	4364.—	4358.—	4154.50	4176.50
1 norwegische Krone	18241.50	18269.—	12369.—	12491.—
1 dänische Krone	14483.50	14588.50	18765.50	15584.50
1 schwedische Krone	20847.50	20952.50	19890.—	19990.—
1 russische Mark	2184.50	2195.50	2050.50	2100.50
1 japanischer Yen	32503.50	32608.—	32408.—	32802.—
1 italienische Lire	3688.50	3684.50	3491.—	3500.—
1 spanische Ptas	361098.—	362905.—	348588.—	348588.—
1 Pfund Sterling	78054.—	78448.—	74563.—	74737.—
1 Dollar	5087.—	5115.—	4582.50	4837.50
1 französischer Franc	5029.50	5070.50	7581.—	7589.—
1 brasilianischer Milreis	14114.50	14185.50	13568.—	13594.—
1 Schweizer Franc	11970.—	12000.—	11300.—	11454.—
1 spanische Ptas	111.72	112.38	106.78	107.27
100 österr. Kronen (abgest.)	2354.—	2366.—	2254.—	2266.—
1 ungarische Krone	14.71	14.79	18.71	18.79
1 bulgarische Leva	—	—	627.50	632.50
1 jugoslawischer Dinar	—	—	577.50	582.50

Eisenbahnunglück auf dem Lehrter Bahnhof.

Ein Stellwerk unter einer Lokomotive begraben. — Zwei Tote, vier Schwerverletzte.

Ein Vorfall, der in der Geschichte der Eisenbahnunfälle zu den Seitenstücken gehört, hat sich heute morgen um 7 Uhr auf dem Lehrter Bahnhof abgespielt. Ein Spandauer Vorortzug fuhr infolge falscher Weichenstellung in das große vor dem Bahnhof aufgestellte Stellwerk, riß das Gebäude um, begrub es unter sich und bereitete auch sechs pflichterfüllen Beamten ein schauriges Grab. Zwei der Wackeren sind tot, nämlich der Hilfsrangiermeister Georg Wolny aus der Andreasstraße 38, und ein zweiter Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte, da die Leiche noch unter den Trümmern liegt. Verletzt sind:

1. Eisenbahnsekretär Wilhelm Weppfahl aus der Lehrter Straße 6,
2. Oberweichenwärter Johann Kiepe aus der Ritter Str. 37,
3. Oberweichenwärter Otto Teichmann,
4. Hilfsweichenwärter Willi Liepold aus der Türkenstr. 20.

Das Unglück soll nach den bisherigen Feststellungen infolge falscher Weichenstellung entstanden sein. Der Leertzug hat nicht nur den Presshof, sondern auch das dahinter liegende Stellwerk vollständig demoliert. Der Verkehr ist noch unterbrochen. Die Vorortzüge werden über Bahnhof Pustelstraße geleitet, die Reisenden des Fernverkehrs müssen in Spandau umsteigen. Die Störungen werden mehrere Stunden andauern.

Ueber das Unglück erfahren wir folgende Einzelheiten: Heute morgen kurz vor 7 Uhr war der von Spandau kommende Personenzug in den Lehrter Bahnhof eingefahren und sollte, nachdem die Bahngäste die Wagen verlassen hatten, aus dem Bahnhof herausgefahren und auf einem Umfahrgleis neu rangiert werden. Glücklicherweise befand sich niemand in den Wagen, da sonst eine schwere Katastrophe unausweichlich gewesen wäre. Der Zug wurde nicht, wie sonst üblich, durch eine Rangiermaschine aus dem Bahnhof herausgezogen, sondern er wurde durch seine eigene Lokomotive, die am Kopf des Bahnhofes stand und deren Führer lediglich auf die Signale des Rangierers angewiesen war, herausgedrückt. Durch ein Versehen auf dem Stellwerk selbst wurde der Zug jedoch nicht auf das Abstellgleis vor dem Bahnhof geleitet, sondern er kam auf einen toten Strang, auf dem sonst die Abfuhrlokomotiven für die Vorortzüge waren, bis sie zur Abfahrt wieder bereitstehenden Züge angelassen werden. Entweder hat der Rangierer, der sich an der Spitze des Zuges befand, erst zu spät

den von dem Stellwerk verursachten Irrtum bemerkt, oder es ist ihm sonst nicht möglich gewesen, noch rechtzeitig durch Pfeifen- und Blinksignale den Lokomotivführer zum sofortigen Bremsen zu veranlassen. Mit voller Wucht fuhr der aus 41 Wagen bestehende Vorortzug in das große Stellwerk L.W.E. hinein.

Unter ungeheurem Krachen brach das massive Gebäude zusammen

und die einstürzenden Mauern begruben den Hilfsrangiermeister Georg Wolny unter sich. Der Lokomotivführer hatte, als der Anprall sich bemerkbar machte, Gegenwind und volle Bremswirkung gegeben, so daß der Zug sofort auf der Stelle stand. Dadurch wurde eine Verschlimmerung des Unfalles glücklicherweise noch vermieden. Auf dem Stellwerk waren zur Zeit des Unfalles der Fahrdienstleiter Eisenbahnsekretär West, der Oberweichenwärter Tippe, der Hilfsweichenwärter Liepold und der Weichensteller Weidmann beschäftigt. Wunderbarerweise sind sie nicht in die Tiefe gerissen worden, sondern kamen mit nicht allzu schweren Verletzungen davon.

Auf die Rettung von dem ebenfalls eigenartigen wie seltenen Betriebsunfall begaben sich Kommissionen der Reichsbahndirektion Berlin und des Reichsverkehrsministeriums an Ort und Stelle, um eine Untersuchung über die Schuldfrage einzuleiten. Die vier auf dem Stellwerk verunglückten Beamten, die sämtlich Kernenerkrankungen davon getragen haben, konnten zurzeit noch keine genauen Aussagen über den Hergang des Unglücks machen. Es scheint jedoch sicher zu sein, daß infolge einer falschen Weichenstellung der Vorortzug auf das tote Gleis und somit in das Stellwerk hineingefahren ist.

Das Stellwerk, ein etwa 12 Meter hoher Bau, war aus Stein erbaut und ruhte auf vier festen Grundmauern. Von diesem Stellwerk aus wurde der gesamte Vorort- und Fernverkehr geregelt. Durch das Unglück sind die von der Zentrale nach den einzelnen Weichen führenden Leitungen zum größten Teil zerstört und die Schalteinrichtungen für den Augenblick unbrauchbar gemacht worden. Mehrere Hilfszüge aus den Eisenbahnwerkstätten sind im Laufe des Vormittags auf dem Lehrter Bahnhof eingetroffen, um ein Hilfswerk zu bauen. Vorläufig wird die Abfuhr der Fernzüge durch besondere Weichen auf die Lokomotivführer geregelt. Man hofft, noch heute vormittag den Vorortverkehr wieder aufnehmen zu können.

Der neueste Schulstreik.

Die Elternschaft erwartet bindende Erklärungen.

Zu der Erklärung der Schuldeputation, die wir in der heutigen Morgenausgabe veröffentlichten, schreibt uns der Aktionsausschuss der Elternbeiräte der 305. und 307. Gemeindegemeinschaft in der Raugarder Straße:

Die Erklärung der Schuldeputation versucht das Bild zu verzerren. Bereits seit zwei Jahren versucht der Elternbeirat, den Konfliktstoff aus der Welt zu schaffen, jedoch ohne jeden Erfolg. Ein Schreiben an den Stadtrat Benede und andere Schreiben an die Schuldeputation wurden überhaupt nicht beantwortet. In mündlicher Verhandlung wurde versprochen, daß die Knaben zum 1. April die neue Schule beziehen könnten. Das Versprechen wurde nicht gehalten, dafür wurden aber höhere Schüler in die neue Schule verlegt. Trotz der sprichwörtlichen Geldknappheit des Magistrats wurden für eine Handvoll höherer Schüler während des Winters besondere Oefen eingebaut und jetzt wieder abgerissen. Dem Elternbeirat wurde ferner bekannt, daß ein neuer Konflikt auf drei Jahre von der Schuldeputation mit dem Besitzer der Rietskaserne in der Raugarder Straße abgeschlossen wurde. Im Interesse der Gesundheit der Kinder, wegen ihrer außerordentlichen Gefährdung bei etwaigem Feuer ausbruch, wegen der Ingezierplage in dieser Schule und der ständischen Toilette- und Schmutzverhältnisse läßt sich die Elternschaft unter keinen Umständen mehr auf leere Versprechungen ein. Der Schulstreik wurde geschlossen begonnen und wird so lange geschlossen durchgeführt werden, bis bindende Erklärungen der Schuldeputation vorliegen, wann die neue Schule von den Gemeindegemeinschaften bezogen werden kann. Aber auch im Interesse der Behebung der Wohnungsnot ist eine Förderung des Schulhausneubaus zu verlangen, denn durch Freimachen der alten Schule können 39 wohnungsuchende Familien untergebracht werden. Außerordentlich verwunderlich ist es, daß Bau- und Gesundheitspolizei sich mit den ständischen Zuständen in dieser Schule überhaupt noch nicht befaßt haben.

Nach werden bereits irreführende Nachrichten in der bürgerlichen Presse verbreitet. Die volksparteiliche „Zeit“ berichtet, daß die Erhellung der Elternschaft sich gegen das zuständige Bezirksamt richtet, weil das Bezirksamt den Schulneubau so wenig fördere. Diese und ähnliche Nachrichten sind un wahr. Die Elternschaft erkennt im Gegenteil an, daß das Bezirksamt Brenzlauer Berg ständig auf den Weiterbau der Schule gedrängt hat.

Der X-Hafen des Hauswirtes.

Ein Treptower Hausbesitzer, der durch seine merkwürdigen Maßnahmen gegen die Mieter viel von sich reden macht und selbst in Hausbesitzkreisen nicht erst genannt werden muß, hat in seine Mietverträge folgenden handschriftlichen Passus aufgenommen: „Mieter verpflichtet sich, zum Anbringen der Gegenstände an den Wänden den X-Hafen von der Vermieterin zu kaufen.“ Da scheint der X-Hafen nicht an der Wand, sondern im Gehirn zu liegen. Die Vermieterin war — die Schwiegermutter des Hauswirtes. Der Befinder dieser sinnigen Idee ist derselbe Herr, der, wie wir kürzlich berichteten, gegen die Urheber des Mietnotrechtes — den Staatsgerichtshof mobil machen will.

Eine neue Touristenbahn.

Allen Berliner Flämingswanderern ist soeben groß Heil widerfahren: Die Eisenbahnstrecke Wiesenburg — Dessau, kurz vor dem Krieg begonnen und dann liegengeblieben, ist soeben eröffnet worden. Von dem entzückenden und bisher nur den Wanderern bekanntgewordenen Idyll Wiesenburg an der Wehlarer Bahn hinter Belgig führt die neue Strecke zwischen der Brandheide und der Weidenburger Forst hindurch und erschließt beide Waldgebiete. In dem letzteren wird die bereits im Dessauerischen gelegenen romantische Ruine der „verfallenen Kirche“ von der Bahn nahezu gestreift, die weiterhin nicht nur Stadt Dessau selbst, sondern auch Wörlitz, berühmt durch Schloß und Park, Schloß Drachentempel und das Städtchen Coswig den Berlinern näherbringt. Der Berliner Wanderer, Tourist und Ferienverweiler wird jedoch von der neuen Strecke nur dann Vorteil haben, wenn die Bahnerwartungen Sonntagsfahrten und ähnliche, der weniger bemittelten Bevölkerung dienende Erleichterungen einführt.

Das Rote Kreuz im besetzten Gebiet.

Das Deutsche Rote Kreuz hielt für Berlin gestern eine öffentliche Mitgliederversammlung ab. In ihr wurde auch über die im besetzten Gebiet notwendig gewordene Arbeit berichtet. Delegierte aus dem Rhein- und Ruhrgebiet schilderten die Bemühungen des Roten Kreuzes, den Gefangenen ihr Los zu erleichtern. Professor Witte-Köln, der Delegierte für Rheinland, sagte, die sehr bösen Zustände der ersten Zeit seien jetzt überwunden. Das Rote Kreuz habe Einigkeit gefunden bei den Besatzungsbehörden gefunden, und man habe erreicht, daß die Lage der Gefangenen erträglich ist. Freilich sei noch vieles zu bessern; aber von unermüdlicher Arbeit seien weitere Erfolge zu hoffen. Der Redner streifte auch das Ter-

halten der Bevölkerung unbesetzter Gebiete zu den Vorgängen im Rhein- und Ruhrland. Er sagte, man bringe diesen Dingen nicht das richtige Verständnis entgegen. In Berlin habe er in einem Lokal gehört, wie unter Gläserklang patriotische Reder geungen wurden. Diese Kundgebungen, meint er, gehören nicht ins Bierhaus, Westend-Essen, Delegierter für das Ruhrgebiet, hob hervor, daß der französische General Degoutte sich gegenüber den Gefangenen-Hilfsausschüssen entgegenkommend zeigt, während die belgische Besatzungsbehörde durch Schroffheit auffällt. Dr. von Hymmen-Mainz berichtete über die Arbeit in der Pfalz, wo viele Gefangene untergebracht sind.

4500 Mark das marktfreie Brot!

Bäckereien sind ausverkauft.

Wie die Berliner BS-Korrespondenz nach einer Information des Zweverbandes der Bäckermeister Groß-Berlins mitteilt, hat die neue Erhöhung der Mehlpreise, die jetzt fast auf eine halbe Million Mark hinaufgeschwollen sind, ferner die Erhöhung der Kohlenpreise und letzten Endes auch die 60prozentige Lohnerhöhung im Bäckergewerbe eine Erhöhung der Preise für marktfreies Gebäck notwendig gemacht. Es sollen vom kommenden Sonntag ab ein marktfreies Brot 4500 M. (bisher 3000 M.), die marktfreie Schrippe 200 M. (bisher 150 M.); in ähnlichem Ausmaße sind auch die Kuchen- und Mehlpreise gestiegen.

Diese bereits vor einiger Zeit angekündigte Erhöhung hat am heutigen Sonnabend zu einem ungeheuren Ansturm auf die Berliner Bäckereien geführt. Die Bäckermeister hatten bereits am Freitag ihre Mitglieder in den Germania-Hallen zusammenberufen, und man hatte dort beschlossen, zum Sonnabend und Sonntag einen möglichst großen Vorrat an Brot herzustellen, um den Bedacht zu vermeiden, daß angesichts der bevorstehenden Preiserhöhung eine Zurückhaltung von Ware beachtlich sei. Trotz aller Vorbereitungen war der Ansturm des Publikums heute morgen bereits so groß, daß in den Vormittagsstunden eine nicht unerhebliche Anzahl von Betrieben vollkommen ausverkauft waren. An einigen Stellen ist es deswegen zu kleineren Meibereien gekommen, die jedoch ohne ernstere Zwischenfälle beigelegt werden konnten.

Als auch die Lohnerhöhung soll wieder einmal schuld daran sein, daß die Brotpreise erhöht werden mußten. Im Bäckergewerbe gibt es im allgemeinen keine Bodenbüler, aber diesen Bodenbüler lieben die Bäckermeister offenbar so sehr, daß sie ihn immer wieder fernieren.

„Amt „Nikolaus“.

Am 10. Juni wird auf dem Grundstück Berlin-Steglitz, Bergstraße 1, eine neue Fernsprechemittlungsstelle mit der Bezeichnung „Nikolaus“ in Betrieb genommen werden. Diese vermittelt sämtliche von den Teilnehmern des Selbstanschlußsystems Zehlendorf ausgehenden Gesprächsverbindungen nach den Fernsprechemittlungsstellen Groß-Berlins. Es meldet sich also vom genannten Land ab nicht mehr das Amt Zehlendorf, sondern sofort das Amt Nikolaus, das die gewünschten Verbindungen ausführt. In umgekehrter Richtung, also im Verkehr von Groß-Berlin nach Zehlendorf, tritt vorläufig keine Veränderung ein; diese Verbindungen werden in bisheriger Weise hergestellt. Den Betrieb der neuen Vermittlungsstelle beauftragt das Postamt Berlin-Steglitz, Bergstraße 1.

Ein feuriges Schäferskündchen hatte ein Amerikaner, der seit einiger Zeit in Berlin wohnt und eine junge Dame kennengelernt hatte. Diese verschwand ihm, während er schlief, mit Geld und Sachen im Gesamtwerte von 16 Millionen Mark, einem goldenen Kettenarmband, einer goldenen Damenuhr, einem silbernen Weisheitsstein und einer Brieftasche, die 5 Dollarsnoten, 8 Transatlantische über je 10 Dollar auf die American Expresskompany und Wechsel über 116.5 Dollar auf den Barmer Bankverein, ausgestellt vom Old Colonn Club, enthält. Mitteilungen zur Aufklärung an Kriminalkommissar Dr. Riemann.

Das Waldschneefestwerk vor der Uebergabe. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschloß am Freitag gemeinsam mit dem Haushaltsausschuss des bayerischen Landtages unter Führung des Ministers des Innern Dr. Schwegerl, das Waldschneefest. Er überzeugte sich, daß in Urfeld, wo der Einkauf des Waldschneefestes in den Stellen erfolgt, nahezu alle Arbeiten beendet sind.

Wetter für morgen:

Beim Wetter heiter, am Tage etwas wärmer, aber noch überwiegend bewölkt bei möglichen nordwestlichen Winden Reins erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis, Neu-Nikolaus: Verhütung! Die Abteilungsleiter holen das Material heute (Sonntag) nachmittags von 5-7 Uhr vom Parteisekretariat Neu-Nikolaus, Reichstraße ab. (nicht Dudenstraße 2.)
2. Kreis: Die heutige Zusammenkunft der Wehrkreise 1921 aus.

